Ressort: Politik

Polizeigewerkschaft für Abschiebehaft in normalen Gefängnissen

Berlin, 13.07.2018, 00:09 Uhr

GDN - Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erhält Unterstützung für seinen Plan, die Trennung von Abschiebungsgefangenen und anderen Häftlingen temporär aufzuheben. Der Vorsitzende der DPolG-Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter sagte der "Welt": "Die temporäre Mitnutzung von normalen Justizvollzugsanstalten für abzuschiebende Ausländer würde das Riesenproblem des Untertauchens stark reduzieren."

Walter begrüße die Forderung Seehofers, "weil die Bundesländer auf absehbare Zeit nicht genug gesonderte Abschiebehaftplätze schaffen" könnten. "Nur um einmal die Dimensionen klar zu machen: Wir haben mehr als 200.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland - davon ist ein Viertel direkt vollziehbar ausreisepflichtig -, aber nur 500 Abschiebungshaftplätze." Mike Mohring, CDU-Vorsitzender in Thüringen, sagte der "Welt": "Wenn Abschiebehaftplätze fehlen, müssen dafür vorübergehend auch gewöhnliche Haftplätze genutzt werden. Diese Möglichkeit sieht die EU-Rückführungsrichtlinie ausdrücklich vor." Wer keinen Flüchtlingsschutz genieße, müsse ausreisen. "Das ganze Asylsystem krankt daran, dass genau dies nicht ausreichend durchgesetzt werden kann." Linda Teuteberg, migrationspolitische Sprecherin der FDP, lehnt Seehofers Forderung dagegen ab. "Dass viele Bundesländer zu wenige oder - wie Berlin und Brandenburg - gar keine Abschiebehaftplätze bereitstellen, schafft für die Durchführung von Abschiebungen größte Probleme." Deshalb müssten Bund, Länder und Kommunen auf einem Migrationsgipfel schnell gemeinsame Lösungen finden. "Abgelehnte Asylbewerber und Strafgefangene zusammen unterzubringen, wäre aber die schlechteste Lösung." Seehofer hat in seinem Plan für eine andere Migrationspolitik die "befristete Aussetzung der erst auf Grund der EU-Rückführungsrichtlinie eingeführten Trennung von Abschiebungsgefangenen und anderen Häftlingen" gefordert, um "der aktuellen Notlage bei Abschiebungshaftplätzen zu begegnen".

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-108873/polizeigewerkschaft-fuer-abschiebehaft-in-normalen-gefaengnissen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619